# Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

## Doppelhaushalt 2027/2028 – Gemeinderat Heilbronn

Holger Kimmerle Fraktionsvorsitzender - Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mergel, sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Diepgen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Anwesende,

ich ertappte mich während dieser Haushaltsberatungen mehr als einmal dabei, dass ich sie als eine Art „Spiel“ bezeichnet habe.

Natürlich ist mir bewusst, dass es kein Spiel ist. Das habe ich auch in meiner Reaktion auf Ihr Fazit, Herr Diepgen, zum Ausdruck gebracht: „Wie gewonnen, so zerronnen!“ Die Aufstellung eines Haushalts ist eine ernste Angelegenheit. Wir tragen Verantwortung für unsere Stadt, für ihre Bürgerinnen und Bürger und natürlich für die kommenden Generationen.

Daher vorweg: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht die Aufstellung eines Haushalts als ein ganz wesentliches Element des demokratischen Prozesses. Hier werden politische Schwerpunkte gesetzt. Hier wird entschieden, was uns wichtig ist und wofür wir öffentliche Mittel einsetzen wollen.

Und trotzdem frage ich mich manchmal, ob das Verfahren, in dem wir uns bewegen, das richtige ist oder vielleicht besser: noch das richtige ist. Und ob wir alle das Gleiche unter Haushaltsberatungen verstehen.

Es gibt Dinge, die ich nicht besonders zielführend und als störend empfinde und die mich dazu bewegen, sie als Teil eines Spiels zu bezeichnen.

Dazu gehört beispielsweise das regelmäßige Warnen vor der finanziellen Situation unserer Stadt. Und ich bin ganz ehrlich: Die Formulierung „Bei der aktuellen Haushaltslage ...“, wenn es anschließend um Kürzungen oder Einsparungen geht, kann ich inzwischen nicht mehr hören.

Nach der Einbringung des Haushalts, den Reden des Oberbürgermeisters und des Finanzbürgermeisters und dem Finanzzwischenbericht für 2026 in derselben Gemeinderatssitzung hätte ich jedenfalls nicht erwartet, dass am nächsten Morgen die Schlagzeile der Zeitung lautet: „Städtischer Haushalt nicht genehmigungsfähig“.

Das entspricht aus meiner Sicht einfach nicht der Wahrheit. Die Wirklichkeit ist allerdings auch komplexer, als dass sie in eine Überschrift passt.

Und an dieser Stelle möchte ich ausdrücklich die Verwaltung loben: Sie hat bereits im Vorfeld der Haushaltseinbringung das Gespräch mit der Rechtsaufsichtsbehörde gesucht.

Dass Heilbronn ein strukturelles Defizit hat, sehen wir auch. Und wenn das Regierungspräsidium den Haushalt nur unter Auflagen genehmigt, ist das richtig. Wenn wir diese Auflagen ernst nehmen und erfüllen – und dazu gehört auch die strategische Finanzplanung, mit der wir uns in den vergangenen Monaten beschäftigt haben und auch

in den kommenden Monaten beschäftigen werden –, dann ist er eben doch genehmigungsfähig.

Aber ich möchte daran erinnern, dass wir uns im Rahmen dieser strategischen Finanzplanung zunächst vor allem mit Investitionen in einer Größenordnung von mehr als zwei Millionen Euro beschäftigt haben. Die eigentliche Haushaltskonsolidierung steht uns noch bevor.

Dabei dürfen wir bei der Betrachtung unserer Haushaltslage nicht nur auf die Ausgaben der Stadtverwaltung schauen. Auch unsere städtischen Gesellschaften müssen wir mit einbeziehen. Regelmäßig fließen hier Millionenbeträge hin – sowohl zur Finanzierung des laufenden Betriebs als auch für notwendige Investitionen. Auch diese Belastungen müssen wir bei der strategischen Finanzplanung und bei der Frage, was wir uns künftig leisten können, berücksichtigen.

Obwohl dieser Prozess noch vor uns liegt, hat die Verwaltung mit der Wiedereinführung der Hallennutzungsgebühren beziehungsweise mit dem Einfrieren von Zuschüssen im Kulturbereich bereits bei der Aufstellung dieses Haushalts Fakten geschaffen.

Und genau das sehen wir Grüne als Problem. Am schnellsten wird halt im Sozialbereich und bei Kunst und Kultur gespart.

Wenn wir uns als Gemeinderat die nächsten zwei Jahre Zeit nehmen, um gemeinsam Einsparpotenziale zu finden und eine tragfähige Konsolidierung vorzubereiten, dann müssen wir diese Zeit auch den Organisationen und Einrichtungen zugestehen, die von städtischen Zuschüssen abhängig sind.

Man kann nicht von heute auf morgen Zuschüsse kürzen und erwarten, dass die Einrichtungen das einfach auffangen. Das geht am Ende zulasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder der Qualität.

Und jetzt mal ehrlich: Ist eine ordentliche Bezahlung der Menschen, die in Heilbronn wichtige soziale und kulturelle Arbeit leisten, nicht auch eine Form der Wirtschaftsförderung?

Ich bin überzeugt: Wenn wir diese Einrichtungen rechtzeitig in den Konsolidierungsprozess einbeziehen, können wir gemeinsam nach Lösungen und Einsparpotenzialen suchen, die verträglich sind. Aber wir dürfen nicht so tun, als seien die Zuschüsse beliebig kürzbar, ohne dass dies Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft hätte. Da kann die SPD noch so oft behaupten, die Beibehaltung eines Status quo sei keine Kürzung.

**„Wir müssen unterscheiden zwischen notwendigen Einsparungen und Einsparungen, die uns am Ende mehr kosten, als sie bringen.“**

Deshalb haben wir auch die Anträge der Organisationen und Einrichtungen vollständig in unsere Haushaltsanträge aufgenommen.

Die Liste in Anlage 2 ist lang. Sie umfasst Anträge aus Kultur, Sozialarbeit, Beratung, Prävention und Quartiersarbeit. Insgesamt geht es um zusätzliche beziehungsweise erhöhte Zuschussanträge von rund 412.000 Euro im Jahr 2027 und rund 585.000 Euro im Jahr 2028.

Dahinter stehen nicht einfach Haushaltspositionen. Dahinter stehen Menschen und Angebote.

Ich denke beispielsweise an die Fortführung und den Ausbau der Quartiersarbeit im Hochgelegen und zukünftig in ganz Neckargartach. An die präventive Suchtberatung und Streetwork. An die Migrationsberatung, an die Ehe- und Familienberatung oder an die Aufbaugilde und ihre Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen.

Und natürlich gehören auch unsere kulturellen Einrichtungen dazu: das Theaterschiff, der Kulturkeller, das Württembergische Kammerorchester, das Heilbronner Sinfonieorchester und viele weitere.

Wir wissen, dass wir nicht jeden Antrag in voller Höhe durchbringen werden. Aber jeder dieser Anträge verdient eine ernsthafte Beratung.

Gerade die kulturellen Einrichtungen haben in den vergangenen Jahren mit steigenden Energie-, Personal- und Betriebskosten zu kämpfen. Ein Einfrieren der Zuschüsse bedeutet deshalb faktisch eine Kürzung.

Das gilt auch für die Maschinenfabrik. Sowohl bei den Zuschüssen für den Betrieb als auch bei den notwendigen Investitionen in den zweiten Bauabschnitt. Es geht hier nicht nur um eine bauliche Aufwertung, sondern um die Beseitigung eines Sanierungsstaus – wohlgemerkt an einem städtischen Gebäude –, um Brandschutz und Lärmschutz und natürlich darum, dass wir endlich das mehrfach beschlossene Kulturkonzept umsetzen und so die Zukunft dieses einmaligen Kulturortes in unserer Stadt sichern.

**Gerade wenn die finanziellen Spielräume kleiner werden, müssen wir genau überlegen, wo wir kürzen. Kultur und soziale Angebote dürfen dabei nicht automatisch zu den ersten Einsparposten gehören.**

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Anträge ist die Anpassung an den Klimawandel.

Glücklicherweise sehen wir in diesem Bereich bei diesem Haushaltsentwurf nicht den Rotstift der Verwaltung. Das muss auch so bleiben.

Wir wissen, dass die Sommer heißer werden. Wir wissen, dass besonders ältere Menschen, Kinder und gesundheitlich eingeschränkte Menschen darunter leiden.

Deshalb beantragen wir ein kommunales Hitzeschutzprogramm für öffentliche Einrichtungen. Schulen, Kindergärten, Alten- und Pflegeheime und Verwaltungsgebäude müssen darauf vorbereitet werden. Diesem Antrag gingen mehrere Anfragen voraus, und das Gespräch mit dem Gesamtpersonalrat bestärkt uns in unserer Forderung.

Es reicht nicht, irgendwann ein Konzept vorzulegen. Wir brauchen eine Bestandsaufnahme, eine Priorisierung der besonders betroffenen Gebäude und einen konkreten Maßnahmenkatalog. Dazu gehören Verschattung, Begrünung, Entsiegelung, bessere Lüftungsmöglichkeiten und kühle Rückzugsräume.

Und bekannte, kurzfristig umsetzbare Maßnahmen dürfen nicht warten, bis ein Gesamtkonzept fertiggestellt ist.

Mit einem Hitzetelefon für ältere Menschen wollen wir darüber hinaus gerade diejenigen erreichen, die bisher oft durch unser Raster fallen: alleinlebende ältere Menschen, die

weder an einen Pflegedienst noch an ein Heim oder ein Quartierszentrum angebunden sind.

Das ist für uns eine sehr konkrete Form kommunaler Verantwortung.

Auch zusätzliche Baumpflanzungen und die Stärkung des Stadtgrüns gehören dazu. Wir beantragen dafür 400.000 Euro im Doppelhaushalt.

Das ist auch mit Blick auf die europäische Wiederherstellungsverordnung wichtig. Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten, bis 2030 einen Nettoverlust an städtischen Grünflächen und Baumüberschirmung zu verhindern. Ab 2031 soll der Anteil sogar steigen. Das ist kein abstraktes Naturschutzziel. Es betrifft ganz konkret die Frage, wie wir unsere Städte auf Hitze vorbereiten und wie viel Grün wir in dicht bebauten Quartieren erhalten und neu schaffen.

Stadtbäume spenden Schatten, kühlen ihre Umgebung und bieten Lebensräume. Dafür müssen wir heute investieren – nicht erst dann, wenn die Vorgaben der EU umgesetzt werden müssen.

Und wir wollen mit einem Aktionsprogramm gegen die Asiatische Tigermücke frühzeitig handeln, statt später mit den Folgen einer weiteren Ausbreitung umgehen zu müssen.

**Klimaanpassung ist keine Frage, die wir auf bessere Haushaltsjahre verschieben können. Sie ist eine Aufgabe, die uns heute betrifft.**

Aber wir wollen nicht nur Geld ausgeben. Wir haben auch Vorschläge gemacht, wie zusätzliche Einnahmen erschlossen und Ausgaben sinnvoll begrenzt werden können.

So schlagen wir die Einführung eines Heilbronner Tourismusbeitrags von drei Euro je Übernachtung vor. Bei zuletzt mehr als 530.000 Übernachtungen im Jahr 2025 könnte das rund 1,6 Millionen Euro jährlich einbringen. Tendenz steigend. Nur vier baden-württembergische Großstädte haben noch keine City Tax: Heilbronn, Pforzheim, Reutlingen und Ulm. Wobei Ulm und Reutlingen ab 2027 eine erheben.

Wir halten es für richtig, dass auch Gäste einen Beitrag zur Infrastruktur und Attraktivität unserer Stadt leisten.

Wir schlagen außerdem vor, die Einnahmen aus dem Holzverkauf realistischer anzusetzen. Im vergangenen Jahr wurden 460.000 Euro erzielt. Auch diese immer wieder wider besseren Wissens zu niedrig angesetzten Werte haben vielleicht den Charakter eines Spiels.

Auch beim Gewerbesteueransatz für 2028 sehen wir Spielraum. Wir beantragen eine Erhöhung um zehn Millionen Euro auf 170 Millionen Euro. Die wirtschaftlichen Prognosen lassen steigende Steuereinnahmen erwarten. Und auch für Heilbronn ist derzeit keine konkrete Absenkung des Gewerbesteueraufkommens absehbar.

Natürlich müssen wir bei solchen Ansätzen vorsichtig bleiben. Aber Vorsicht darf nicht bedeuten, dass wir Einnahmen grundsätzlich zu niedrig ansetzen.

Bei den Zuschüssen an die Heilbronn Marketing GmbH schlagen wir vor, die Ausgaben für Veranstaltungen 2028 zunächst um zehn Prozent zu reduzieren. Veranstaltungen sind wichtig für unsere Innenstadt. Aber wir vermissen eine klare Eventstrategie und eine

nachvollziehbare Aufgabenverteilung zwischen der HMG und der Stadtverwaltung mit den Bereichen Sport und Kultur.

Wir wollen deshalb eine einheitliche Organisationsstruktur und eine klare Strategie, mit der die Ausgaben nach dem European-Green-Capital-Jahr dauerhaft begrenzt werden können.

Wir wollen also nicht einfach nur zusätzliche Ausgaben beschließen. Wir wollen Einnahmen realistisch ansetzen, neue Einnahmequellen erschließen und Ausgaben dort begrenzen, wo wir strukturelle Verbesserungen erreichen können.

Dazu gehören auch einige kleinere, aber durchaus sinnvolle Vorschläge: E-Bikes statt vier weiterer Segways für den Kommunalen Ordnungsdienst oder die digitale Parkraumüberwachung durch Scan-Fahrzeuge. Hier geht es darum, vorhandene Ressourcen effizienter einzusetzen und langfristig möglicherweise sogar zusätzliche Einnahmen zu erzielen.

Ein weiteres Thema ist die Wärmewende.

Mit dem neuen Gas- und Dampf-Kraftwerk der EnBW entsteht 2027 eine neue Ausgangslage für die Wärmeversorgung in Heilbronn. Bisher setzen wir vor allem auf Nahwärmenetze mit lokalen Blockheizkraftwerken. Das GuD-Kraftwerk bietet nun die Möglichkeit, große Mengen industrieller Abwärme für die Fernwärme zu nutzen.

Wir beantragen deshalb 200.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie. Sie soll klären, wie das Kraftwerk in die Wärmeversorgung der verdichteten Innenstadtbereiche eingebunden werden kann, welche Auswirkungen das auf die Fernwärmepreise hätte und welche Rolle die EnBW beim weiteren Ausbau übernehmen könnte.

Wir sollten diese Chance nicht ungenutzt lassen.

Auch der Mobilitätspass gehört in diese Kategorie. Wir wollen nicht sofort eine Einführung beschließen, sondern zunächst die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen. Mit überschaubaren Mitteln können wir uns eine zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit für unseren ÖPNV erschließen.

Und wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt aktiv begleiten. Dafür schlagen wir eine zentrale Anlaufstelle mit zusätzlichen personellen Kapazitäten vor. Sie soll Unternehmen aus Zukunftsbranchen bei der Ansiedlung unterstützen und dazu beitragen, erfolgreiche Start-ups in Heilbronn zu halten und weiterzuentwickeln.

Heilbronn befindet sich in einem tiefgreifenden wirtschaftlichen Wandel. Wir müssen dafür sorgen, dass neue Unternehmen nicht nur kurzfristig hierherkommen, sondern langfristig in unserer Stadt bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

neben den inhaltlichen Schwerpunkten möchte ich noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der mir besonders wichtig geworden ist: die Art und Weise, wie wir miteinander beraten.

Die Haushaltsberatungen in Heilbronn haben ihre eigene Tradition. Es läuft nicht überall so wie hier. Und vielleicht sollten wir diese Tradition einmal kritisch hinterfragen.

Selbstverständlich muss die Verwaltung einen Haushaltsentwurf vorlegen. Sie muss Vorschläge machen und Prioritäten setzen. Aber dieser Entwurf ist eine Grundlage für unsere politische Diskussion. Er ist kein unveränderliches Gesamtpaket.

Änderungsvorschläge sind kein Misstrauensvotum gegenüber der Verwaltung. Es ist unsere Aufgabe als Gemeinderat, eigene politische Schwerpunkte zu setzen und gegebenenfalls andere Lösungen vorzuschlagen.

Genauso wenig kann es aber sein, dass die Haushaltsberatungen durch hunderte Einzelanfragen zu einzelnen Haushaltspositionen so belastet werden, dass eine sachgerechte Beratung kaum noch möglich ist. Das zeugt tatsächlich von einem gewissen Misstrauen.

Natürlich muss jedes Mitglied des Gemeinderats in die Lage versetzt werden, den Haushalt zu verstehen und die notwendigen Informationen zu bekommen. Aber wir brauchen dafür auch ein Verfahren, das für Verwaltung und Gemeinderat leistbar bleibt.

Deshalb sollten wir rechtzeitig vor den nächsten Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2029/2030 gemeinsam überlegen, wie wir das Verfahren verbessern können.

Und wenn es darum geht, was Kommunalpolitik das ganze Jahr über leisten kann oder muss, stelle ich fest, dass die Anforderungen stark gestiegen sind. Die Vorlagen, die wir bearbeiten müssen, sind sehr komplex. Die Themenvielfalt ist enorm, die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern vielfältiger.

Deshalb haben wir uns auch überlegt, welche Rahmenbedingungen wir für eine gute Gemeinderatsarbeit brauchen. Gemeinderatsarbeit ist ein Ehrenamt. Wer von Gemeinderatsmitgliedern eine qualifizierte und engagierte Arbeit erwartet, muss auch die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. Dazu gehören geeignete Räume, eine zeitgemäße technische Ausstattung und eine angemessene organisatorische Unterstützung.

Deshalb haben wir einen fraktionsübergreifenden Vorstoß für eine bessere Ausstattung der Gemeinderatsfraktionen auf den Weg gebracht. Dieses Anliegen wollen wir unabhängig von den aktuellen Haushaltsberatungen weiterverfolgen.

Nicht gegeneinander, sondern miteinander. Das sollte auch für die weitere strategische Finanzplanung gelten.

Wir sollten auch Themen nicht aus dem Blick verlieren, die vielleicht nicht unmittelbar in diesem Doppelhaushalt umgesetzt werden können. Dazu gehört für uns beispielsweise die Öffnung der Oberen Neckarstraße. Wir tragen die Verschiebung aus finanziellen Gründen mit, wollen aber zumindest die notwendigen Mittel für die Kampfmittelsondierung in der mittelfristigen Finanzplanung verankern.

Und wenn möglicherweise die bestehende Skateanlage am Frankenstadion durch die Entwicklung des Areals wegfällt, müssen wir rechtzeitig für einen gleichwertigen oder besseren Ersatz sorgen. Auch die Interessen junger Menschen gehören zu einer vorausschauenden Stadtentwicklung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wissen, dass die kommenden Jahre finanziell enger werden können, als wir es die letzten Jahrzehnte gewohnt sind. Wir werden nicht alle Wünsche erfüllen können. Auch wir werden Entscheidungen treffen müssen, die nicht jedem gefallen.

Aber wir müssen aufpassen, die Haushaltslage nicht zum alleinigen Maßstab unserer Politik zu machen.

Mit dem Haushalt entscheiden wir, welche Vorhaben wir angehen, welche Angebote wir erhalten und wo wir Schwerpunkte setzen.

**Wir Grüne** wollen eine Stadt, die ihre sozialen und kulturellen Strukturen erhält. Eine Stadt, die sich auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet. Eine Stadt, die ihre wirtschaftlichen Chancen nutzt und gleichzeitig ihre Lebensqualität bewahrt. Wir wollen eine Stadt in der nicht jeder nur für sich selbst Verantwortung übernimmt. Und eine Stadt, in der demokratische Entscheidungen unter guten Bedingungen getroffen werden können.

Dafür stehen unsere Anträge, für deren Zustimmung wir in den nächsten Wochen werben werden.

Wir sind bereit, über Einsparungen zu sprechen. Wir sind bereit, Einnahmen zu verbessern und Prioritäten neu zu setzen. Aber wir wollen nicht, dass die Konsolidierung vor allem diejenigen trifft, die auf öffentliche Angebote angewiesen sind oder unsere Stadtgesellschaft mit ihrer Arbeit zusammenhalten.

Deshalb müssen wir die kommenden Jahre auch nicht nur als Jahre des Sparens begreifen, sondern als Chance, unsere Stadt finanziell und politisch neu aufzustellen.

Nicht alles, was heute Geld kostet, ist auch eine Belastung in der Zukunft. Manches, an dem wir heute sparen, wird uns morgen teurer zu stehen kommen.

Vielen Dank.